

174 NSD siegt bei der AGS in Berlin

10 Sitze im Arbeiterrat gegen 7 SPD und 2 Nazis

Berlin, 21. Jan. (Sig. Drahtmeldung.)

Am Montag und Dienstag fand die Betriebsratwahl in der NSD, Braunschweig, statt. Die von der NSD geführte Wahlkommission hat die Wahl der gütigen Stimmen und damit die Mehrheit im Arbeiterrat. Es wurden abgegeben 20 Stimmen: NSD Einzelstimme 1987, NSD-Mitglieder 1207 und Nazis 200. Die Mandate im Arbeiterrat verteilen sich wie folgt: NSD Einzelstimme 10, NSD-Mitglieder 7 und Nationalsozialisten 2. Bei der vorjährigen Wahl waren im Arbeiterrat 11 NSD und 3 Nationalsozialisten. Nach dem Berliner Betriebsratstreit wurden sämtliche NSD-Arbeiter aus dem NSD entfernt und im Laufe des vergangenen Jahres die Betriebsratwahl um etwa 1000 vermindert. Selbstverständlich waren es die revolutionären Arbeiter, die als erste aus dem Betrieb hinausgeworfen wurden. Trotzdem konnte die rote Einzelstimme die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen.

Schwindel mit Lebenshaltungsindex

Durch eine „neue Berechnung“ sollen die Arbeiter betrogen werden

Das Statistische Reichsamt hat es fertig gebracht, den Lebenshaltungsindex in der letzten Zeit „hin“ zu lassen, obwohl in der Wirklichkeit keine Verbilligung, sondern

mit einer Verminderung der Lebenshaltung zu verzeichnen ist. Die Berechnung wurde einfach gefälscht.

Jetzt will man noch gründlichere Arbeit machen. Die die „Berliner Morgenpost“ am 16. Januar mitgeteilt wurde, will das Statistische Reichsamt jetzt die Berechnungsgrundlagen des Lebenshaltungsindezes vollständig ändern. Das Blatt schreibt wörtlich:

„Diese Reform wird einmal die Arbeiterfamilie mit drei Kindern um ein Kind vergrößern. Darüber hinaus aber werden alle Waren, die höher den Preissteigerungen für den Index zugrunde liegen, einer Durchsicht unterzogen und den heutigen Verhältnissen angepasst werden. Das ist um so notwendiger, als heute zur Lebenshaltung ganz andere Dinge herangezogen werden als vor dem Kriege, Dinge, die höher von dem Index noch nicht genügend erfasst werden.“

Wenn also in den nächsten Monaten der Lebenshaltungsindezer weiter „hin“ wird, so wollen die Arbeiter jetzt noch genauer, wie das gemacht wird. Es ist klar, daß man so den Index weit unter 140 bringen kann. Es ist ein infamer Schwindel!

Die Kenntnis dieser Betrügerei ist aber für die Arbeiterklasse um so wichtiger, als jetzt schon eine Reihe Schicksalsschläge und freie Vereinbarungen vorliegen, die bestimmen, daß ein weiterer Lohnabbau eintritt, wenn der Index unter eine bestimmte Ziffer (meist 140) sinkt. Nachdem der Index nun ganz anders berechnet werden soll, können auch diese Bestimmungen nicht mehr anerkannt werden. Die Arbeiterklasse darf sich auf keinen Fall durch den gefälschten Index betrogen lassen.

Leitung des Arbeiter-Rats und -Kampfgruppen-Bundes Goldbergs, Ortsgruppe Bismarck, wurde ein Delegierter zum Kampftag gewählt. In einer öffentlichen Versammlung in der Hauptstraße wurden die Arbeiter der Vorliegenden des sozialdemokratischen Kampftages gegen den Faschismus und einen parteilichen Arbeiter als Delegierte zum Kampftag gewählt. Die SPD-Ortsgruppe hat dem sozialdemokratischen Kampftag verboten, sich an dem Kampftag zu beteiligen. In einer öffentlichen Versammlung für das Stadtgebiet Cappel, Wilmersdorf und Bismarck wurden 2 Delegierte zum Kampftag gewählt. In Leipzig, Chemnitz und Dresden fanden Versammlungen zum Intellektuellen Tag, zu denen die Herren Dr. Fein, Dresden, und Dr. Bismarck, Berlin, über das Thema: „Die Gefahren des Faschismus und die Intellektuellen“ sprachen. Insgesamt wurden 11 Delegierte in diesen Versammlungen zum Kampftag gewählt. Von den Delegierten sind fünf Rechtsanwälte, ein Mediziner, ein Schriftsteller, zwei Studenten, ein Künstler und eine Gewerkschaftsleiterin. In den drei Städten wurden gleichzeitig Komitees der Intellektuellen gebildet, die sich zur Aufgabe gestellt haben, die Arbeit unter den intellektuellen Schichten zu verstärken.

Überall, auch auf dem Lande und in den kleineren Orten, in den Betrieben finden noch täglich Versammlungen statt, in denen Delegierte gewählt werden. Es sind nur noch wenige Tage bis zum Kampftag. Wie es sich gibt, es einzunehmen, das Massenangebot von aus den Werksstätten selbst gewählten Delegierten aufzubereiten zu vergrößern. Aber gleichzeitig über allem die Vorbereitung für die Berichterstattung und Organisation von Aktionskomitees und praktischer Kampfmaßnahmen gegen den Faschismus.

Unter dem Banner des Leninismus!

Zur Dienartagung unseres Zentralkomitees

Am 15., 16. und 17. Januar fand in Berlin die Dienartagung des ZK des NSD statt. Diese Tagung, auf der alle europäischen Bruderparteien fast ohne Ausnahme durch ihre Delegierten vertreten waren, erhielt schon hierdurch ihr Gepräge als ein Ereignis im Lager der Arbeiterbewegung von internationaler Bedeutung. Aber dieser Charakter drückte sich noch viel stärker als in der Zusammenkunft, vor allem in dem politischen Inhalt dieser Sitzung unseres Zentralkomitees aus: in dem umfassenden Referat des Genossen Thälmann, in der politischen Resolution, die einstimmige Annahme fand, und in der Diskussion, die zahlreiche Fragen der revolutionären Massenarbeit, von wichtigen Aufgaben der täglichen Arbeit bis zu den entscheidenden theoretischen Problemen, berührte. Wenn die vorletzte Dienartagung des ZK im März vorigen Jahres im Zeichen einer großartigen bolschewistischen Selbstkritik stattfand und die letzte Tagung im Sommer, einen Tag vor der Reichstagsauflösung, die elementare Mobilisierung unserer Partei für jene revolutionäre Offensive zur Eroberung der Massen gebracht hat, die in den Reichstagswahlen und in dem kommunistischen Wahlsieg ihren ersten Niederschlag fand, so ist das charakteristische Merkmal der jetzigen Sitzung des ZK die bedeutungsvolle marxistisch-leninistische Arbeit, die von der Führung der NSD bei der Unterbreitung aller politischen, ökonomischen und sozialen Probleme und bei der Klärung und unabweislichen Herausarbeitung der politischen Linie unserer Partei geleistet wurde. In dem politischen und theoretischen Niveau unserer ZK-Sitzung spiegelt sich die bolschewistische Entwicklung und das Wachstum der NSD wider. Nicht nur durch ihre höhere Stärke und die Kraft ihres Masseninflusses, sondern auch durch den Grad ihrer inneren bolschewistischen Reife ist die deutsche Partei zur zweiten führenden Partei der kommunistischen Internationale neben und nach der KP der UdSSR geworden. Ihre Beschlüsse, ihre politische Arbeit, haben nicht nur dem deutschen Proletariat den Weg zu seiner Befreiung von dem Joch der kapitalistischen Profitwirtschaft, sondern sind zugleich Monierarbeit für unsere Bruderparteien in den anderen kapitalistischen Ländern.

Das große Referat des Genossen Thälmann, das der ganzen Tagung des ZK die Richtung gab, ging von einer marxistischen Unterbreitung der allgemeinen Weltlage und der speziellen Situation des kapitalistischen Deutschlands aus. Gestützt auf eine Analyse der wichtigsten ökonomischen und politischen Tatsachen, entwickelte er seine Analyse des besonderen Charakters der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise und der Hindernisse, die einer Überwindung der Krise durch den Weltkapitalismus entgegenstehen. Er rechnete mit der überhöhten Theorie der Sozialdemokratie und Bourgeoisie ab, als die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise nur eine „normale“ zyklistische Krise, wie sie die kapitalistische Entwicklung in der Vorkriegszeit in Zeitabständen von 5 bis 15 Jahren mit sich brachte. Er widerlegte auch die andere unrichtige Theorie, wonach es sich bei der heutigen Krise nur um die allgemeine Krise des kapitalistischen Weltsystems handele. In Wirklichkeit ist gerade die Tatsache entscheidend für den Charakter der gegenwärtigen Krise, daß sich hier eine spezifische Krise auf dem Boden der allgemeinen Krise des Kapitalismus entwickelt.

Die Wechselwirkung zwischen der allgemeinen und der spezifischen Krise bedingt einmal die ungeheure Verschärfung der heutigen Weltwirtschaftskrise, während sich andererseits aus den Krisenmerkmalen und der zerstörenden Wirkung der konjunkturellen Krise eine gewaltige weltwirtschaftliche Vertiefung der Gesamtkrise des kapitalistischen Systems, eine außerordentliche Verschärfung seines geschichtlichen Niederganges ergibt.

Die marxistische Wissenschaft, die allein die Möglichkeit zu einer wirklich ersten Unterbreitung der Krise, nicht nur ihrer äußeren Erscheinungsformen, sondern auch ihrer wahren Ursachen und Hintergründe ermöglicht, gibt zugleich die Handhabe für eine Klärung der weiteren Perspektiven der Entwicklung, für eine eindeutige Prognose der Zukunft. Es gibt keinen Zweifel, daß die Weltwirtschaftskrise und die deutsche Krise in ihrem Rahmen sich in den kommenden Monaten außerordentlich vertiefen werden. Mit vollem Recht legt darüber die politische Resolution des ZK:

„Mit der weiteren Verschärfung der ökonomischen und politischen Krise in Deutschland entstehen bereits Tendenzen einer revolutionären Krise im Lande. Wie weit diese Tendenzen wachsen und sich ausbreiten, hängt in erster Linie vom Gang des Klassenkampfes, von der Klassenhaltung und Kampfbereitschaft des revolutionären Proletariats unter Führung der kommunistischen Partei ab.“

Genosse Thälmann faßte an diese Analyse an, als er die Frage unterbreitete, wie weit die allgemeinen Bedingungen für die proletarische Revolution in Deutschland gegeben seien oder nicht. Mit voller Deutlichkeit sprach er über die Lage der Partei gegen diese ewige Tendenz ab. Er verwies auf die Überlegenheit der kommunistischen Partei gegenüber den sozialdemokratischen und anderen reformistischen und opportunistischen Parteien. Er verwies auf die Überlegenheit der kommunistischen Partei gegenüber den sozialdemokratischen und anderen reformistischen und opportunistischen Parteien. Er verwies auf die Überlegenheit der kommunistischen Partei gegenüber den sozialdemokratischen und anderen reformistischen und opportunistischen Parteien.

„Ich verhandle nicht unter Terror!“

Montreprozeß gegen Durlauer Arbeiter / SPD-Landrat leugnet seinen Schließbefehl

Wichtige Kundgebung der Durlauer Arbeiter gegen falsche Klassenjustiz

Durlach, 21. Jan. (Sig. Drahtmeldung.)

Am Freitag begann in Durlach der große Montreprozeß gegen 10 Durlauer Arbeiter wegen des Polizeisturms am 22. August vorigen Jahres. Der Kommando des SPD-Landrats Rösser hatte die Polizei in den Polizeisturm der Arbeiter gegen den Faschismus geschickt, 6 Arbeiter wurden schwer verletzt und 3 getötet. Über nicht die Schuldigen wurden angeklagt, sondern 10 willkürlich herausgegriffene Arbeiter, die in der Nacht zum 22. SPD angehören.

Das Durlacher Gerichtsgelände war von 150 Polizeibeamten besetzt. Am ersten Verhandlungstag wurden 40 Zeugen vernommen, darunter 37 Polizeibeamte, hauptsächlich Schupo- und Polizeioffiziere. — Die Verhandlung des Landrates Rösser nahm allein 2 Stunden in Anspruch. Er leugnete, den Befehl zum Sturm gegeben zu haben. Aber mehrere SPD-Arbeiter sagten übereinstimmend aus, diesen Befehl gehört zu haben.

Der Vorsitzende Scholz geht mit unerhörter Verhärtertheit gegen die Angeklagten vor. Seltener aber jagt er auf der Straße eine wichtige Demonstration der Durlauer Arbeiter auf. Die Polizei und Richter drängen sie in den Gerichtssaal. Jitternd und rot vor Wut brach der Vorsitzende die Verhandlung mit der Begründung ab: „Ich verhandle nicht unter dem Terror der Straße.“ Schmerzlich schloß Schupo benachteiligt in den Angeklagten, weil man ihre Beteiligung bestrafte.

„Nichts zu machen?“

Die Volkspartei triumphiert. Ein angeblich zum Kampftag delegierter Reichsbannerarbeiter hat für sich mitgeteilt, daß „ich als Mitglied des Reichsbanners keine Mitarbeit und Beteiligung bei Veranstaltungen von Organisationen, die unter dem Diktat der NSD stehen, ablehne.“

Gewiß, es ist möglich, daß ein Reichsbannerarbeiter, der von den Kollegen „bearbeitet“ wird, selbst wenn er zugibt, daß er an dem Kampftag gegen den Faschismus teilgenommen, seine Zusage zurückzieht. Die SPD- und Reichsbannerführer bieten eben alles „auf, um die Arbeiter vom Kampf gegen den Faschismus abzuhalten.“ Sie belügen die Arbeiter in der intimsten Weise, um eine einseitige Kampffront der Arbeiter unter allen Umständen zu verhindern. Das wollen wir. Aber deshalb werden die kommunistischen Arbeiter und die Mitglieder des Kampfbundes mit doppeltem Eifer unter den SPD- und Reichsbannerarbeitern, aller Hebe der reaktionären Führer zum Trotz.

Jedoch, wir wissen, mancher Arbeiter wird unter dem Druck seiner Führer schwach und gerät auf dem Wege zur einseitigen Kampffront, aber wenn wir — und wir werden es weiter tun — beharrlich und kameradschaftlich, anknüpfend an die eigenen Erfahrungen der SPD-Arbeiter, immer wieder werden, in jeder Situation Schulters an Schulters mit ihnen im Kampf gegen den Klassenfeind stehen, werden wir diese Arbeiter sehr für die einseitige Kampffront gewinnen. Dann wird die revolutionäre Klassenbewegung triumphiert, nicht nur über den Klassenfeind und seine falschen Verbündeten, sondern auch über die Zersplitterter der Arbeiterklasse, die SPD-Führer.

Schied droht Etat 1931 ohne Landtagsbeschluss durchzuführen

Dresden, den 21. Januar.

Auf Verlangen des Präsidiums wurde in der gestrigen Landtagsitzung beschlossen, nur den Bericht über den Staatshaushalt des Proletariats organisieren können und wählen.

Wie ist die Lage in Deutschland? Der revolutionäre Kampf des Proletariats organisieren können und wählen. Wie ist die Lage in Deutschland? Der revolutionäre Kampf des Proletariats organisieren können und wählen. Wie ist die Lage in Deutschland? Der revolutionäre Kampf des Proletariats organisieren können und wählen.

hatte Plan und die Arbeit der Regierungsvorsteher zur Kenntnis zu nehmen, die Aussprache bis nächsten Dienstag zu vertagen.

Siegert (Dn.) erklärte als Reichsbannerarbeiter, man solle seinem Antrag gemäß den Regierungsentwurf über den Haushaltplan unverändert annehmen, denn, so meinte dieser Reichsbanner, wenn der Landtag den Haushalt ablehnen würde, müßte die Regierung, die entschlossen ist, ihn durchzuführen, den Antrag auszuhalten und durch Notverordnung den Etat beschließen. Selbst erklärte Siegert an, daß die SPD schon in der ersten Beratung mit diesem realistischen Etat einverstanden gewesen sei. Müller (Dn.) (SPD) forderte ebenso wie Siegert die Annahme des Haushaltsplanes. Nur brachte er die sozialdemokratischen Anträge zu verdrängen Kapiteln, die die SPD bei der kommunistischen Fraktion größtenteils abgelehnt, mit zur Sprache. Der Ministerpräsident Schick ließ keinen Zweifel darüber, daß das Kabinett entschlossen ist, den Etat und damit im Zusammenhang lebenden Vorlagen, falls sie der Landtag ablehnt, auch ohne ihn durchzuführen.

Diese Sitzung erläuterte die ganze Bedeutung der parlamentarischen Arbeit und zeigte den Klassen ganz klar das eigentliche Wesen der sogenannten Demokratie.

Nächste Sitzung findet am Donnerstag dem 22. Januar 13 Uhr statt.

Eine ganze Ortsgruppe ausgeschlossen

Die Rebellion in der SPD und in der SA des Ruhrgebiets wächst unauflöslich. Massenaustritte sind an der Tagesordnung. Jetzt folgen Massenaustritte. Wegen ihrer oppositionellen Einstellung ist die Gruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend in Höhe mit 45 Mitgliedern ausgeschlossen, und sämtliche Mitglieder der Gruppe zum Jugendheim verboten worden. Diese dramatische Maßnahme des Bezirksvorstandes wurde auf höheren Befehl schon vor einer Woche vorgenommen. Zur Erklärung wird der Ausschuss auf einen Vorfall in der November-Revolution der SPD, zu dieser Zeit marschierte die SAJ von Höhe mit einem Transport auf: „Wenn schon Diktatur, dann Diktatur des Proletariats!“

Die Demen der SPD wurden durch den von Marx geprägten Begriff der Diktatur des Proletariats und ihres Widerstands in den Bergen der Jungproleten erschüttert und forderten mündlich die Entfremdung des Transparenz. Die Jungproleten der SAJ hatten aber kein Grundverständnis für die Diktatur, die jede Forderung seiner Herren willig frist, und lehnten die Entfremdung ab. Seit der Zeit toben erbitterte Auseinandersetzungen mit dem sozialistischen Vorstand.

Der jugendliche Reichsbannerkamerad August Bauer aus Bochum, der bisher in der sauberen Front kämpfte, legt den ausgeschlossenen SAJern von Höhe den richtigen Weg. Er erklärte vor der proletarischen Öffentlichkeit:

„Ich habe erkannt, daß das Reichsbanner und damit auch das Jugendbureau nicht die Organisation ist, die die Interessen der Arbeiterklasse vertritt, sondern in allen entscheidenden Momenten gegen die Arbeiterklasse eingestellt ist. Die Gründung der SAJ, die beim Streit der Bergarbeiter aktiv neben der Technischen Reichswehr gegen die Bergarbeiter eintrat, hat jetzt deutlich den abgrundtiefen Betrug der Reichsbannerführer gezeigt. Ich will mich nicht gegen die kämpfende Arbeiterklasse und als Kameraden gegen die Sozialisten abgrenzen lassen. Darum erkläre ich meinen Austritt aus der SAJ, die einzigen Jugendorganisation, die die Führer der Jungproleten in Deutschland ist, die die Sozialisten und die Interessen aller Jugendleute vertritt.“

Kugler Bauer, Bochum, Hagenstraße 2.“

Schluß mit der Flöterei

Einheitliche Front der Arbeiter erzwingt Abfertigung von Jugendersa Schundfilm

Ein Film im roten Mantel beschuldigt, den nationalsozialistischen Schundfilm „Hilfskampfer von Genoa“ zur Kampfabfertigung zu bringen. Die Reichsbanner Arbeiterklasse organisiert darauf eine Kampfabfertigung. Sozialdemokratische, kommunistische und parteiliche Arbeiter stellen sich in die Kampfabfertigung ein. Der Erfolg war, daß die Diktatur die Kampfabfertigung einrichtete. Dies ist ein neuer Beweis der Kraft der Kampfabfertigung der Arbeiterklasse.

Volksturm gegen Faschismus wächst

Salle, 21. Januar. (Sig. Drahtmeldung.)

Im Bezirk Halle-Vorbereitung haben am letzten Sonntag 12 Kampftage gegen den Faschismus statt, die insgesamt von 1200 Delegierten besucht waren. Unter diesen Delegierten befanden sich 275 Parteimitglieder (davon 20 Frauen), 31 Parteimitglieder, 23 Parteimitglieder, 13 Parteimitglieder, 23 parteiliche Genossen, die übrigen Delegierten waren erwerbslos. Politisch organisiert waren 18 der Delegierten in der NSD, 7 in der NSD und anderen kommunistischen Organisationen, 70 Parteimitglieder und 200 Mitglieder der kommunistischen Partei an.